



**Freie Wähler
Kreistagsfraktion
Fraktionsvorsitzender
Werner Stöckle**

**Kurz-Stellungnahme zum Haushalt 2013 des Landkreises Göppingen
3. Lesung**

-15. März 2013-

Herr Landrat,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Erwartung unter Ihnen – unter uns, ist förmlich zu spüren, dass Herr Landrat Wolff oder Herr Kreiskämmerer Stolz am Ende dieses Tagesordnungspunktes bewegt feststellen können:

Annuntio vobis gaudium magnum – habemus cura rei familiaris
Ich verkünde Euch eine große Freude – Wir haben einen Haushalt

Sehr viel, liebe Kolleginnen und Kollegen, konnten wir bei den zurückliegenden Haushaltsberatungen in den Ausschüssen wahrlich nicht bewegen.
Obwohl wir das eigentlich gerne täten.

Zu fremd und zu ungewohnt ist –zumindest uns- nach wie vor die neue Haushaltssystematik und damit die Darstellungen der Zahlen im Ergebnis- und im Finanzhaushalt.

Aber wie sollen wir als ehrenamtlich tätige Kreistagsmitglieder mit der Doppik auch klarkommen, wenn wir zu jedem bisher gewohnten Haushaltsplanansatz, neuerdings die Verwaltung in Anspruch nehmen müssen, die uns dann, sicher in mühseliger Kleinarbeit, die Zahlen der jeweiligen Produkte aufdröseln.

Mehr Kostentransparenz, Kostenvorteile und ein insgesamt effizienteres Arbeiten, so lauteten die Erwartungen an die Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik. Davon hab ich und möglicherweise viele von uns, noch nichts mitbekommen.
Im Gegenteil.

Wir befürchten eine weit größere Belastung der Verwaltung, und ich habe den Eindruck Herr Kreiskämmerer Stolz, so ganz falsch liegen wir damit nicht.

„Learning by doing“ wird deshalb für uns die Devise sein müssen, wenn wir uns alsbald auch in der Doppik zu Hause fühlen wollen.

Wir sind dankbar dass uns die Verwaltung –wohl auch in ihrem eigenen Interesse- darin weiterhin und nachhaltig unterstützen will.

Dazu sollten wir uns eingehend über detailliertere Darstellungen der Produktbereiche, Produktgruppen und Produkte im Haushaltsplan unterhalten, aber auch über noch konsequentere Budgetierungen, bspw. bei den Personalkosten, wo wir uns einen zunächst zeitlich befristeten Versuch durchaus vorstellen können.

Soweit die Vorbemerkung.

Nun zum Haushalt 2013 selbst.

Wir halten fest: Der doppische Haushaltsausgleich ist gelungen.

Die Verwaltung sagt: leichter als bisher.

Klar! Anstelle des Tilgungsbeitrages in Höhe von 5,9 Mio. € sind auch nur 5,2 Mio. € Abschreibungen zu erwirtschaften. Der Rest geht auf das Konto „Vermögensverzehr“. Das ist zwar momentan nicht dargestellt weil die Eröffnungsbilanz noch fehlt. Im kommenden Herbst wird allerdings auch hierüber Klarheit herrschen – so hoffen wir zumindest.

Also: wir haben einen ausgeglichenen Haushalt.

Und trotzdem ist eine Neuverschuldung in Höhe von 5,9 Mio. € erforderlich.

Ausgeglichen ist der Haushalt rein buchhalterisch, bei der tatsächlichen Gegenüberstellung der zu erwartenden Einnahmen mit den zu tätigen Ausgaben ergibt sich dieses Delta.

Wir Freien Wähler, das haben wir schon seit jeher, speziell zum letzten Haushalt und in unserer Haushaltsrede 2013 deutlich hervorgehoben, sind der felsenfesten Überzeugung, dass es in Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs und der besser fließenden Steuerquellen möglich sein muss, auf eine Neuverschuldung zu verzichten.

Gerade im Interesse der jungen Generation ist es sogar geboten, nach Möglichkeit die vorhandenen Schulden abzubauen, um Spielräume für neue Investitionen zu schaffen.

Wenn wir trotzdem der dargestellten Neukreditaufnahme zustimmen, dann nicht um uns selbst zu widersprechen, sondern einzig und allein aus der Erkenntnis, dass es sich dabei um Schulden handelt, die vorwiegend den letzten Haushaltsjahren, vor allem dem letzten Haushaltsjahr zuzurechnen sind.

Eine Vielzahl von Ausgabe-Positionen im investiven Bereich ist, bedingt durch das neue Haushaltsrecht ins neue Jahr zu übertragen. (Stichwort: Übertrag Restmittel aus 2012)

Diese Handhabung hat ja im Übrigen zur Folge, dass die Schuldenstandsentwicklung zum Ende des Jahres 2012 mit bislang angenommenen 49,6 Mio. € wesentlich „günstiger“ sein wird und wohl näher bei 40 Mio. als bei 50 Mio. € liegen dürfte.

Nach Vorliegen der Eröffnungsbilanz wird die „Stunde der Wahrheit“ schlagen, in der die dann tatsächlichen Zahlen, auch hinsichtlich der Verschuldung, feststehen.

Allein wegen der um rd. 17 Mio. € gestiegenen Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden und der damit verbundenen, erfreulichen Erhöhung der Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Kreisumlage anzunehmen, der Landkreis wäre finanziell aus dem Größten heraus, wäre mehr als töricht.

Wir sind auf diese Entwicklung mehr als angewiesen. Und zwar anhaltend.

Ohne weitere Verbesserungen auf der Einnahmeseite – von Verbesserungen auf der Ausgabenseite mag ich gar nicht reden – schaffen wir es in hundert kalten Wintern nicht, den jährlichen Finanzbedarf aufzubringen, der entstehen wird, wenn wir unsere Zukunftswünsche bspw. S-Bahn, Tarifintegration, ÖPNV, Maßnahmen Nahverkehrsplan, realisieren wollen.

Das alles sind jährliche Ausgaben, die jedes Jahr (und nicht etwa auf Pump) finanziert werden müssen.

Und dabei sind weitere Verpflichtungen, denen wir uns nicht verweigern können, noch gar nicht erwähnt, wie etwa die Folgen des demographischen Wandels in unserer Gesellschaft.

Denken wir auch an die großen Investitionsvorhaben wie Klinikneubau und Landratsamt, aber auch Klimaschutzmaßnahmen, Abfall- bzw. Wertstoffwirtschaft, die uns noch einiges an Arbeit und Engagement abverlangen werden.

Wir tun also gut daran, angesichts der erkennbaren Verbesserungen, nicht übermütig zu werden und mit weiteren Leistungen so wünschenswert sie auch wären, die aber nicht verpflichtend sind, sehr zurückhaltend umzugehen.

Dass wir angesichts der enormen Risiken die dieser Haushalt, besonders aber die der künftigen Jahre beinhalten, trotzdem der Absenkung des Kreisumlagehebesatzes auf 38,3 % zustimmen liegt zum einen daran, die Kommunen an der positiven Entwicklung der Kreisfinanzen teilhaben zu lassen, zum anderen, weil partnerschaftliche Verlässlichkeit für uns einen enorm hohen Stellenwert hat.

Im März einen höheren als mehrfach kommunizierten Hebesatz zu beschließen, würde manchen städtischen bzw. gemeindlichen Haushalt in Verlegenheit bringen.

Das können und werden wir nicht mitmachen.

Wir Freien Wähler kennen unsere kommunalen Wurzeln.

Auch wenn wir in erster Linie dem Landkreis verpflichtet sind, sind wir uns sehr wohl der Verantwortung gegenüber den Städten und Gemeinden bewusst.

Und wir sind sicher, dass es andersherum genauso ist.
